

Presse- Information

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bezirksverband Nordbaden
Hans-Böckler-Str. 3 • 68161 Mannheim

28. Mai 2019



Foto: IG BAU
[Das Bild ist in Druckqualität angehängt.
Der Abdruck des Fotos ist honorarfrei.
Ein Foto-Nachweis ist nicht erforderlich.]

Bild-Unterzeile

„Keine Bauaufträge an Schmutz-Firmen“: Wolfgang Kreis, Bezirksvorsitzender der IG BAU Nordbaden, fordert, dass Baufirmen, die durch Schwarzarbeit oder Lohn-Prellerei aufgefallen sind, von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen werden.

Andreas Harnack 07 11 – 22 83 36
Regionalleiter Baden-Württemberg

Wolfgang Kreis
Bezirksvorsitzender
Telefon 06 21 – 123 46 99 – 0
Fax 06 21 – 123 46 99 - 9

mannheim@igbau.de
www.igbau.de

IG BAU: Keine Aufträge an „schwarze Schafe“ in Karlsruhe

Karlsruher Zoll ermittelte im letzten Jahr 414 Mal gegen Baufirmen

Schwarzarbeit im Visier: Das Hauptzollamt Karlsruhe kontrollierte im vergangenen Jahr 443 Bauunternehmen der Region auf illegale Beschäftigung, Sozialbetrug und die Einhaltung von Mindestlöhnen. Das sind 26,6 Prozent mehr Prüfungen als im Vorjahr, wie die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mitteilt. Die Gewerkschaft beruft sich hierbei auf eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Grüne). Danach leiteten die Karlsruher Zöllner 2018 in der gesamten Region 414 Ermittlungsverfahren wegen hinterzogener Steuern oder geprellter Sozialabgaben auf dem Bau ein – das sind 11,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Schaden belief sich auf rund 16,8 Millionen Euro.

„Die Zahlen zeigen: Die Baubranche bleibt ein Hotspot für Wirtschaftskriminelle. Je genauer der Zoll hinschaut, desto häufiger wird er fündig“, sagt Wolfgang Kreis von der IG BAU Nordbaden. Die Entscheidung der Bundesregierung, das Personal der Finanzkontrolle Schwarzarbeit von aktuell 7.900 auf mehr als 10.000 Beamte bis zum Jahr 2026 aufzustocken, sei ein „wichtiges Signal zur Abschreckung“. Die IG BAU habe sich seit Jahren für dieses Ziel starkgemacht. „Illegale Beschäftigung ist kein Kavaliersdelikt und muss konsequent geahndet werden. Sie kostet nämlich reguläre Arbeitsplätze bei sauber arbeitenden Bauunternehmen in Karlsruhe und drumherum.“

Mehr Kontrollen allein reichten jedoch nicht aus, um betrügerischen Firmen systematisch das Handwerk zu legen, betont Kreis. „Wir brauchen ein ‚Sündenregister‘ für Schwarzarbeit. Es muss eine öffentliche Kartei geben, in der die Betriebe aufgelistet werden, deren Geschäftsmodell auf illegaler Beschäftigung und Lohn-Prellerei beruht.“ So könne es auch der Stadt Karlsruhe gelingen, schwarze Schafe künftig von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen.

Positiv bewertet Kreis die geplanten zusätzlichen Kompetenzen für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Ein Gesetzentwurf von Finanzminister Olaf Scholz sieht vor, dass die Beamten künftig bereits beim Verdacht auf illegale Praktiken einschreiten dürfen. Sie sollen dazu insbesondere Tagelöhner-Börsen verstärkt in den Blick nehmen. Im Kampf gegen organisierte Kriminalität wird es den Zöllnern außerdem erleichtert, Telefonate zu überwachen und Briefkastenfirmen im Internet zu verfolgen.

Nach Angaben der Bundesregierung prüfte das Hauptzollamt Karlsruhe im vergangenen Jahr insgesamt 1.919 Unternehmen auf illegale Beschäftigung und die Einhaltung von Mindestlöhnen. Dabei verhängten die Kontrolleure Bußgelder in Höhe von rund 580.000 Euro und Freiheitsstrafen von 1.023 Monaten.